



ARBEITSGEMEINSCHAFT KATHOLISCHER VERBÄNDE ÖSTERREICHS – AKV

Von der Generalversammlung am 21. März 2017 beschlossene Resolution zur Leitkultur

Christentum elementarer Teil unserer Leitkultur Symbolik des Kreuzes tief in unserer Gesellschaft verankert

Die Arbeitsgemeinschaft Katholischer Verbände Österreichs (AKV) tritt dafür ein, dass das christlich abendländische Erbe unseres Kontinents auch in Zukunft bewahrt bleibt. Das Christentum ist ein elementarer Teil der Leitkultur Europas und macht einen wichtigen Teil seiner Identität aus. Unsere Leitkultur ist geprägt von den christlich-jüdischen Traditionen und Wertevorstellungen, den humanistischen Werten der Aufklärung, von unserer Geschichte und Kultur.

Christliche Feiertage bestimmen unseren Kalender, christliche Kirchen prägen unser Land und in den christlichen Traditionen wurzeln weite Teile unseres Brauchtums.

Christliche Kreuze Teil unserer Kultur

Das christliche Kreuz als Zeichen des Christentums gehört seit 2.000 Jahren zu unserer Kulturgeschichte. Mit religiösem Fanatismus und Fundamentalismus wird es schon lange nicht mehr in Verbindung gebracht. Die Symbolik des Kreuzes ist in unserer säkularisierten Gesellschaft tief verankert und spiegelt grundlegende, soziale und kulturelle Wurzeln unserer Gesellschaft und ihrer Rechts- und Werteordnung wider. Kreuze in Schulklassen und Gipfelkreuze als christliche Symbole müssen deshalb auch in einem säkularen Rechtsstaat ihren Platz haben. Auch wenn selbstverständlich nicht alle Menschen darauf verpflichtet werden dürfen, so müssen doch alle, die in Österreich leben wollen, unseren Rechtsstaat und unsere Verfassungsordnung ohne Einschränkungen akzeptieren. Rechtssprechung und Rechtsdurchsetzung sind ausschließlich staatliche Aufgaben.

Die christlichen Kirchen bekennen sich längst zum Vorrang staatlicher Gesetze vor religiösen Vorschriften. Im Unterschied zum heutigen Verständnis des Christentums gibt es im Islam diese klare Unterscheidung von religiösem und weltlichem Recht, von religiöser und gesellschaftlicher Ordnung nicht. Der Islam versteht sich weitgehend als eine integrale religiöse, rechtliche und politisch-soziale Ordnung. Deshalb stehen in etlichen islamischen Ländern die Regelungen des Korans und der Scharia über den staatlichen Gesetzen, wie u. a. die Beispiele von Saudi-Arabien und des Iran zeigen.

Trennung von Kirche und Staat

Die AKV bekennt sich zur Trennung von Kirche und Staat. Bei uns ist kein Platz für religiösen Fundamentalismus oder Fanatismus – egal welcher Religion. Zu unseren christlichen Werten gehört die Toleranz gegenüber anderen Religionen und deren Ausübung.

Die AKV bekennt sich zu einer pluralen und weltoffenen Gesellschaft und zu einer Gesellschaft der Vielfalt. Parallelgesellschaften und Ghettoisierung lehnen wir ab.

Zwangsverheiratung, Zwang zum Kopftuch oder zur Vollverschleierung lehnen wir ab. Bei uns sind Frauen und Männer gleichberechtigt. Wer das Grundrecht auf Asyl einfordert, muss die Grundrechte anderer Menschen respektieren, dazu gehört auch das Recht auf freie Wahl der eigenen Religion.

Gerade die Trennung von Religion und Staat ermöglicht die freie Wahl der Religion. Religiöse Praxis findet aber ihre Grenzen in den Prinzipien des Rechtsstaats.

Wer im Land bleiben will, muss sich in unser gesellschaftliches Miteinander einfügen und unsere Regeln des Zusammenlebens beachten. Keinesfalls darf es zur Austragung von politischen Konflikten anderer Länder in Österreich kommen.

Unsere Demokratie muss sich verteidigen und gegen jede Form von Extremismus, Gewalt und Terror entschieden vorgehen. Die menschenverachtenden Ziele und Methoden des sogenannten Islamischen Staates oder anderer Terrororganisationen müssen konsequent mit allen Mitteln des Rechtsstaats bekämpft werden.

Die weltweite Christenfeindlichkeit ist für uns ein Alarmsignal

Christen sind die wegen ihrer Religion am stärksten verfolgten Menschen weltweit. In vielen Ländern ist Christenfeindlichkeit an der Tagesordnung. Viele Flüchtlinge kommen aus einem Umfeld, wo das toleriert oder sogar gefördert wird. Ihnen muss klar sein: Christophobie wird bei uns nicht billigend hingenommen!

Es darf keinen neuen Antisemitismus in Österreich geben

Wir sind froh über das gelungene Zusammenleben der christlichen und jüdischen Glaubensgemeinschaften in unserem Land. Viele der heutigen Flüchtlinge kommen aus Regionen und Staaten, in denen das Existenzrecht Israels geleugnet wird. Ihnen muss klar sein: Für israelfeindliche und antisemitische Agitation in diesem Zusammenhang ist bei uns kein Platz.

Integration braucht eine gesamtgesellschaftliche Kraftanstrengung

Die Aufnahme und Integration von Flüchtlingen ist eine ethische Verpflichtung und eine schwierige, aber bewältigbare Aufgabe. Sie setzt eine gesamtgesellschaftliche Kraftanstrengung voraus, darf aber die Solidarität der Gesamtgesellschaft nicht überfordern und muss dabei das Gemeinwohl beachten. Sie wird mit einer langfristigen finanziellen Verpflichtung des Staates verbunden sein.

Gemeinsames Integrationsziel muss sein, dass anerkannte Flüchtlinge ihren Lebensunterhalt aus eigener Kraft und Anstrengung bestreiten und ein selbstbestimmtes Leben im Einklang mit unseren gesellschaftlichen Leitwerten führen können.